

BBB: Sieg der Roßdorfer Bürger

(Bruchköbel/pm/jgd) - Mit großer Genugtuung begrüßt der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) die Ankündigung der CDU, dem Biogasanlagenstandort in Roßdorf nach 10 ½ Wochen der Diskussion doch nicht mehr zustimmen zu wollen, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold in einer Pressemitteilung des BBB: Die „Biogaskoalition“ von SPD, CDU und Grünen sei zerbrochen und keine Mehrheit für den untragbaren Standort mehr vorhanden. Dieses Ergebnis hätte man schon spätestens bei der Bürgeranhörung der Stadt finden können. Jedem, der dort zugehört habe, sei schon damals klar geworden, dass neben weiteren Unklarheiten überhaupt kein brauchbares Verkehrskonzept vorliege. Die Bürgerinnen und Bürger Roßdorfs hätten von der Rathauspitze gewünscht,

dass die Sorgen von Bürgern wirklich ernst genommen und berücksichtigt worden wären. Bürgermeister Maibach habe aber bis zuletzt gar keine eigene Meinung zur Sache geäußert und sich hinter einem noch einzuholenden teuren und überflüssigen Gutachten verstecken wollen. CDU und Grüne hätten aber zugleich die besorgten Bürger öffentlich als „aufgehetzt“ betitelt. Bürgermeister Maibach habe von „Fakten verdrehen“, „fehlender Sachpolitik“, „unnötigen Schaufensteranträgen“, „Scheingefechten“, „Populismus“, „fadenscheinigen Prüfanträgen“ und „kontraproduktiver Stimmungsmache“ gesprochen. CDU und Bürgermeister hätten also schon mit ihrer ungehörigen Wortwahl klar gemacht, dass sie die Bedenken der Bürger gar nicht ernst nehmen wollten. Wer auf kritische

Bürger öffentlich einschlage, wolle sachliche Auseinandersetzungen und Kritik unterbinden. Das hätten die Roßdorfer ganz genau gespürt. Der BBB habe demgegenüber über Monate hinweg Informationen eingeholt und habe als Ergebnis das Biogasgroßprojekt nie mitgetragen. Als Kritik von Roßdorfer Anwohnern bekannt geworden sei, habe der BBB diese aufgenommen. Er habe den Bürgern in einem Bürgerforum Gehör verschafft, lange vor der späten Anhörung durch den Magistrat. Der BBB habe dann zusammen mit der FDP die Bürgerinitiative mit Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung unterstützt. Die jetzige Kehrtwendung der CDU sehe übrigens nicht so aus, als ob sie mit der SPD und den Grünen abgestimmt sei, die ja in dieser Frage bisher an einem Strang gezogen

hätten, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Dabei versuche die CDU, sich nun mit rhetorischen Nebelkerzen aus der peinlichen Affäre zu ziehen, indem sie von einem „Prüfverfahren“ spreche, auf das eine private Firma ein Anrecht habe. Dies sei ebenso falsch wie die Behauptung, ohne das Bebauungsplanverfahren hätte der Betreiber ein kleinere Anlage, ohne irgendeine Genehmigung einholen zu müssen, errichten können. Diese Äußerungen lägen den Schluss nahe, dass bei der CDU-Fraktion niemand wisse, was er in der Stadtverordnetenversammlung entscheide. Weder könne jemand eine Biogasanlage ohne Baugenehmigung errichten, noch handele es sich bei dem Bebauungsplanverfahren, dessen Ziel ein verbindlicher Bauleitplan sei, um ein bloßes Prüfverfahren.